

# „Erbärmlich und unbeholfen“

Ex-Vizepremier Boris Nemzow, Duma-Sprecher der „Union rechter Kräfte“, über Putins Reaktion auf die „Kursk“-Tragödie



REUTERS

Besatzung der „Kursk“ an Deck (am 30. Juli): 390 Mark Monatssold für den Kapitän

**SPIEGEL:** Elf Tage nach der „Kursk“-Havarie hat Präsident Putin endlich die politische Verantwortung für die Tragödie übernommen. Rettet das sein Ansehen?

**Nemzow:** Putin fuhr spät, vielleicht nicht zu spät nach Murmansk, um mit den Angehörigen der Opfer zu reden. Vielleicht ist dem Kreml-Chef das Verantwortungsgefühl noch nicht ganz abhanden gekommen. Doch noch immer versucht er, sich und die Militärs aus der Schusslinie zu nehmen. Schlimm ist auch seine Haltung gegenüber dem Westen – ohne Norweger und Briten, für die der Präsident übrigens kaum Worte des Dankes fand, hätten wir kaum etwas bewegt. Russland sah erbärmlich und unbeholfen aus.

**SPIEGEL:** Nach dem Auftritt vor den Hinterbliebenen flüchtete er geradezu nach Moskau zurück.

**Nemzow:** Er besitzt null Erfahrung im Umgang mit Menschen. Seine bisherigen Kontakte mit dem Volk beschränkten sich auf sporadisches Händeschütteln und Winken. Gesprochen hat er mit Gouverneuren, Bürgermeistern, Militärs und Untergebenen. In Widjajewo traf Putin zum ersten Mal direkt auf einfache russische Bürger, die noch dazu von unermesslichem Leid gezeichnet waren. Er hat keine gute Figur gemacht, ihm fehlt der Sinn für die Psyche seiner Mitmenschen.

**SPIEGEL:** Minister Sergejew und die Flottenchefs boten ihren Rücktritt an. Putin nimmt sie in Schutz. Wer ist nun schuld?

**Nemzow:** Putin hat eine falsche Vorstellung von Offiziers Ehre. Er glaubt, Militärs müssen in jedem Fall in Schutz genommen werden. Alles andere hält er für Verrat. Das ist verhängnisvoll. Wenn Handlungsweisen ungeahndet bleiben, die Menschen das Leben gekostet haben, ist praktisch alles erlaubt. So kann man keine Ordnung im Land aufbauen.

Unter Putin sind Militärs und Staatsanwälte unantastbar geworden.

**SPIEGEL:** Der einzig harsche Vorwurf Putins richtet sich gegen jene, die sich für die verunglückten Seeleute ins Zeug gelegt hätten, „in Wirklichkeit aber die ganze Zeit auf den Zerfall von Staat und Armee hinarbeiten“. Wen meint er?

**Nemzow:** Ganz klar: Beresowski, der umgehend eine Million Dollar für die Hinterbliebenen gesammelt hat, aber auch die anderen Oligarchen. Propagandistisch ein starker Zug, um ein neues Feindbild aufzubauen. Putin selbst hat eng mit den Oligarchen zusammengewirkt. Seine Verantwortung für die Missstände im Land ist nicht geringer als die jener, die mit Jelzins Kreml-Familie die Macht ausübten. Jetzt schürt er den Hass eines Teils der Bevölkerung gegen einen anderen, eine Verzweigungsgeste.

**SPIEGEL:** Die politische Elite Russlands schweigt, warum unterbricht nicht einmal die Duma ihren Urlaub?

**Nemzow:** Ich habe vorgeschlagen, eine unabhängige parlamentarische Untersuchungskommission einzuberufen. Sie wird sich mit den Ursachen der Katastrophe und den Mängeln der Rettungsaktion beschäftigen. Dazu gehört auch die Frage, ob ein armes Russland sich eine starke Armee und Flotte leisten kann – natürlich nicht.

**SPIEGEL:** KP-Chef Sjuganow und Rechtsextremist Schirinowski fordern eine Untersuchung gegen liberale Reformer. Die hätten das Land erst in den Abgrund getrieben. Beide meinen auch Sie.

**Nemzow:** Dann waren wir wohl auch 1986 am Tschernobyl-GAU schuld, 1989 an dem Untergang des U-Boots „Komso-molez“ und anderen, lange verheimlichten Unfällen? Das alles geschah in der Sowjetzeit.



PANOS / TELEPRESS

Deputierter Nemzow  
„Er schürt den Hass“

tige Atomstrategie hatte Putin vor Tagen erst auf einer Sitzung des Sicherheitsrats halbherzig geschlichtet.

Nach der Präsidentenentscheidung soll die Zahl der bodengestützten Interkontinentalraketen verringert werden. Daraus folgt eine Stärkung der Flotte, deren Atom-U-Boote künftig die wichtigsten Träger der Nuklearbewaffnung werden sollen. Doch nach dem Unglück in der Barentssee steht Putin vor einem Dilemma: Eine wirkliche Modernisierung der Seestreitkräfte kostet weit mehr Geld, als der Verteidigungshaushalt mit seinen 206 Milliarden Rubel (16 Milliarden Mark) verspricht.

Parlamentarischen Widerstand gegen eine nachträgliche Erhöhung des Wehretats braucht Putin aber gerade jetzt nicht zu fürchten. Sein Intimus und Duma-Statthalter Boris Gryslow hat bereits vergangene Woche neue Millionen für die Flotte verlangt. Selbst bislang eher oppositionelle Politiker wie Ex-Premier Jewgenij Primakow und auch Wladimir Lukin von der liberalen „Jabloko“-Partei sekundierten artig, sie würden der schimmernenden Wehr alle nötigen Mittel bewilligen.

Geht es um Russlands Macht und Größe, sind auch die Kommunisten keine fundamentale Opposition. Zwar wettete KP-Chef Gennadij Sjuganow, „der verhängnisvolle Kurs der liberalen ökonomischen Reformen der letzten zehn Jahre“ sei an dem Bootsuntergang schuld. Doch sein Anhang wird sich schwerlich dem Kreml verweigern, wenn es an die Aufstockung des Militäretats geht.

Der Tanker Russland nimmt Kurs in Richtung Restauration. So wie Putin redete vorige Woche auch die nationale und nationalkommunistische Opposition. In einem Aufruf, veröffentlicht im nationalpatriotischen Wochenblatt „Sawtra“, beschrieben Admiral der Flotte a. D. Tschernawin, Schriftsteller und Solschenizyn-Preisträger Walentin Rasputin, KP-Chef Sjuganow und mehrere Gouverneure den Untergang der „Kursk“ als Ergebnis eines „zehn Jahre dauernden groß angelegten Krieges gegen das Volk“.

Als Konsequenz fordern die Unterzeichner des Appells, Russlands Bürger müssten sich nach dem Schiffsdebakel im Nordmeer erst recht „geistig mobilisieren und vereinen“, für den „unvermeidlichen russischen Sieg“.

Das ist ganz nach dem Geschmack des angeschlagenen Präsidenten. „Unsere Ahnen haben schon schwerere Katastrophen überlebt“, beschwor er ein Millionenfernsehpublikum: „Solche Ereignisse sollten das Volk nicht trennen, sondern vereinen.“

SIEGSMUND VON ILSEMANN,  
UWE KLUSSMANN, FRITJOF MEYER,  
CHRISTIAN NEEF